

Nachrichten aus der Forschung

Jannes Bergmann

»Jugend ans Gewehr« – Wehrerziehung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert

Workshop des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam, 27. Januar 2017

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2017-0078>

Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Leiter des Forschungsbereichs »Militärgeschichte nach 1945« des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw) *Rüdiger Wenzke*, der die Bedeutung des Themas für die Geschichtswissenschaft betonte und dazu einlud, die Tagung als Forum zu begreifen, um über den Tellerrand der DDR-Geschichte hinauszublicken. In der Einführung gab *Denis Strohmeier* (Potsdam), der Organisator des Workshops, einen kurzen Abriss über die Geschichte der Wehrerziehung in Deutschland.

Das Konzept einer Wehrerziehung im Sinne einer vormilitärischen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen findet sich in der deutschen Geschichte erstmals Anfang des 19. Jahrhunderts in Preußen. Den Anlass zur Entwicklung eines solchen gesamtgesellschaftlichen Systems gab die Idee eines Volksheeres nach französischem Vorbild während der Befreiungskriege. Im Kaiserreich wurde nach anfänglichen privat getragenen Programmen eine staatliche Jugenderziehung in den Schulen eingeführt, die sich ab 1914 zu einer ausdrücklich militärischen Ausbildung wandelte. Nachdem der Versailler Vertrag jegliche staatliche Wehrerziehung verboten hatte, wurde diese stattdessen von Verbänden und Organisationen fortgeführt, jedoch in steigendem Maße auch unter Einflussnahme von Staat und Reichswehr. Die Nationalsozialisten zentralisierten die Wehrerziehung und machten besonders die Schule zu einem entscheidenden Träger, indem das gesamte Bildungssystem zunehmend militarisiert wurde. In der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik wurden schon früh erneut Schritte für eine Wehrerziehung der Jugend unternommen.

Kontakt: Jannes Bergmann, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,
E-Mail: Jannes.Bergmann@t-online.de

Der Begriff der »Wehrerziehung«, der zumeist auf die DDR beschränkt gebraucht wird, wurde im Rahmen des Workshops bewusst in einem weiteren Sinne definiert und auf den gesamten behandelten Zeitraum angewendet, um zu zeigen, dass es sich um ein in der Geschichte omnipräsentes Phänomen handelt.

Seit den Anfängen im 19. Jahrhundert entwickelten sich in jeder Epoche der deutschen Geschichte eigene Konzepte und Ideen einer »Wehrerziehung«. Neben der körperlichen Ertüchtigung waren diese immer auch begleitet von politisch-ideologischer Erziehung. Ausprägung und Zielsetzung waren von den gesellschaftlichen und politischen Umständen abhängig und variierten teilweise erheblich. Die Beitragenden der Veranstaltung waren aufgefordert, verschiedene Aspekte der Wehrerziehung im Hinblick auf das gesamtbestimmende Konzept der Epoche zu untersuchen. Im Mittelpunkt standen dabei die Umsetzung und Intention innerhalb des jeweiligen Systems und die Frage nach eventuellen Kontinuitäten.

Zur Orientierung der Referentinnen und Referenten wurden vier Leitfragen formuliert: Welche Interessen verfolgt der Staat? Inwieweit ist das Militär involviert und welchen Einfluss haben zivile Einrichtungen? Welche Parallelen und Unterschiede lassen sich in der praktischen Ausbildung finden und wie ist die Gewichtung von theoretischen und praktischen Elementen? Wer sind die Träger der Maßnahmen und gibt es personelle und strukturelle Kontinuitäten?

Den ersten Beitrag leistete *Verena von Wiczlinski* (Mainz), die sich mit patriotisch-militärischer Früherziehung im Kaiserreich anhand von Kinder- und Jugendbüchern auseinandersetzte. In der nach den Einigungskriegen zunehmend militarisierten und von starkem Nationalismus geprägten Gesellschaft fand national-patriotische Kinderliteratur großen Absatz. Vermehrt wurden auch militärische Szenen dargestellt oder sogar zum zentralen Thema erhoben. Neben militärischen Motiven findet sich die Gattung der »Heldengeschichte«, die Kinder zu deutschem Patriotismus erziehen und zur Heldenverehrung animieren sollte. Doch stießen diese Darstellungen auch auf Kritik. Die 1893 von Vertretern aus der Lehrerschaft gegründeten »Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften« sollten die vorhandene Literatur bewerten und Empfehlungen aussprechen. Dabei ging es jedoch nicht um eine grundsätzliche Kritik an militärischen Darstellungen, sondern vielmehr um ein Alternativangebot für die triviale Massenliteratur. Der Erste Weltkrieg stellte einen tiefen Einschnitt in der Kinder- und Jugendbuchliteratur dar. Mit Kriegsbeginn und der Bildung der »Heimatfront« entstand ein erhöhtes Bedürfnis in der bürgerlichen Schicht, die Kinder über den Krieg, in dem die Väter und Brüder kämpften, zu informieren, was die Verlage zu einer stark erhöhten Produktion von propagandistischer Kriegsliteratur veranlasste. Im weiteren Verlauf verdrängte das Kriegsgeschehen alle anderen Themen aus den Kinderbüchern, wobei nach anfänglichem »Hurrapatriotismus« auch der Verlauf des Krieges in teils sehr realistischem Maße

dargestellt wurde. In Bilderbüchern lassen sich vor allem zwei Arten propagandistischer Kriegsdarstellung unterscheiden. Die »Bildergeschichten« reduzierten das politische und militärische Geschehen auf die Ebene der von Wilhelm Busch bekannten karikierenden »Bubenstreiche«. Mit ihren verniedlichenden Darstellungen sollten sie die großen bedrohlichen Ereignisse verkleinern und dadurch eine beruhigende Wirkung erzielen. Sie waren damit Teil der Durchhaltepropaganda für die »Heimatfront«. Eine zweite Art, das »Frontkämpfer- oder Schlachtenbuch«, charakterisiert hingegen eine realistischere, der Historienmalerei folgende Darstellung. Sie sollte vor allem den Eindruck der eigenen Stärke und eines sicheren deutschen Sieges vermitteln. Im weiteren Verlauf des Krieges zeigten sich dann jedoch auch Themen wie Tod, Verwundung oder die Nahrungsmittelknappheit, die als Aufruf zur Opferbereitschaft verstanden werden sollten. Als Fazit hielt die Referentin fest, dass die thematische Vielfalt der Kinder- und Jugendbücher im Kaiserreich zwar sehr groß war, das militärisch-patriotische Material aber dominierte und Militär, Krieg sowie Soldatentum für die Kinder allgegenwärtig waren. Die oft verharmlosende Darstellung diene zur »ideologischen Mobilisierung« der Kinder.

Mit dem »Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten« thematisierte *Dennis Werberg* (Potsdam) die verdeckte Wehrhaftmachung von Jugendlichen in Wehrverbänden der Weimarer Republik. 1918 zunächst als Selbstschutzorganisation gegründet war der Stahlhelm lange Zeit der größte Wehrverband der politisch Rechten in der Weimarer Republik. Es kam in der Folge zu einer immer größeren Politisierung und oppositionellen Haltung gegenüber dem System der Republik. Um dem Problem der zwangsläufigen Überalterung des ursprünglichen Frontkämpferbundes entgegenzuwirken, wurde 1924 der »Jungstahlhelm« gegründet. Das Verhältnis zwischen den Generationen war allerdings von Konflikten und der Geringschätzung der Jugendlichen ohne Fronterfahrung seitens des Kernverbandes gekennzeichnet. Das Verbot militärischer Übungen führte 1926 zu einer Krise des Jungstahlhelms, da die angebotene Wehrausbildung einen großen Reiz für den Beitritt gebildet hatte. Es sorgte dafür, dass man sich nun auf eine rein wehrsportliche Ausbildung beschränken musste. Durch den Wandel des Stahlhelms von einem Wehrverband hin zu einer politischen Organisation gewann neben der physischen Wehrhaftmachung auch die politisch-ideologische Erziehung des Nachwuchses an Gewicht. Konkret bedeutete dies neben Gepäckmärschen, Geländeübungen und Kleinkaliberschießen die Intensivierung der geistigen Schulung mit dem Ziel der Stärkung des Nationalbewusstseins und der freiwilligen Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Die durch Zwang und strikten Gehorsam bestimmte Ausbildung wirkte auf viele Jugendliche jedoch unattraktiv und bekam mit dem Auftreten der nationalsozialistischen Bewegung ernsthafte Konkurrenz. Trotz Versuchen, die massenhafte Abwan-

derung einzuschränken, gelang es dem Stahlhelm nicht, der hohen Anziehungskraft der deutlich jugendbetonter auftretenden nationalsozialistischen Bewegung etwas entgegenzusetzen. Nach der Machtübernahme Hitlers wurde der Verband den nationalsozialistischen Organisationen angegliedert und 1935 schließlich aufgelöst.

Der Wehrsport und die vormilitärische Jugenderziehung im Nationalsozialismus bildeten den Schwerpunkt des Vortrags von *Berno Bahro* (Potsdam). Schon im Parteiprogramm der NSDAP findet sich die Forderung nach einer Turn- und Sportpflicht, die die verbotene Wehrpflicht kompensieren sollte. Dies stellte jedoch keineswegs eine neue Entwicklung dar, sondern war eine Fortführung der bereits in der Weimarer Republik unter dem Deckmantel des Sports getarnten vormilitärischen Ausbildung. Der Zweck des Sports, der nach Bahro in der Folgezeit zum wichtigsten Schulfach avancierte, war von vornherein die Aufrüstung und letztendlich die Vorbereitung eines Angriffskrieges. Das erste Konzept für ein umfassendes Erziehungssystem mit der Schaffung eines »Ministeriums für deutsche Jugend« legte Reichswehrminister Werner von Blomberg 1933 vor. Unter Einbeziehung von Schulen, Turnverbänden und weiteren Organisationen sollte der Sport als eine Vorstufe zur Wehrrertüchtigung und zur vormilitärischen Ausbildung fungieren. Dieser Plan kam indes nicht zur Umsetzung, deutete allerdings bereits zukünftige Richtungen an. Später entwickelten das Reichserziehungsministerium unter Bernhard Rust und der Reichsjugendführer Baldur von Schirach konkurrierende Konzepte zur Wehrausbildung, die durch das Militär unterstützt wurden. Auch wenn die Realität nicht immer der politischen Zielsetzung entsprach, sorgten in der Folge verschiedene Maßnahmen für eine massive Aufwertung und ideologische Durchdringung des Schulsports, dessen eindeutiges Ziel Eigenschaften wie Härte, Führertum und die allgemeine Wehrhaftigkeit waren. Auch die Ausbildungsrichtlinien der Hitlerjugend knüpften an bekannte Freizeitbeschäftigungen von Verbänden aus der Weimarer Zeit an und setzten sich aus Leibesübungen, Geländeausbildung und Schießübungen zusammen. Im Verlauf des Krieges passte sich die Wehrerziehung dem gesteigerten Soldatenbedarf mit dem expliziten Ziel an, die Jugendlichen auf den Kriegsdienst vorzubereiten, was eine engere Zusammenarbeit mit Angehörigen der Wehrmacht zur Folge hatte. Die Zielrichtung der vormilitärischen Ausbildung im NS-System unterlag nach Bahro also einem klaren Wandel. Anfänglich als Wehrpflichtersatz gedacht, diente sie daraufhin der bekannten Idee der allgemeinen Steigerung der Wehrhaftigkeit durch Wehrsport und Entwicklung eines charakterlichen Überlegenheitsgefühls. Mit Kriegsbeginn fungierte sie schließlich immer mehr als konkrete Vorbereitung auf eine militärische Verwendung. Dennoch zeigt sich, dass in allen Konzepten von Anfang an der Sport für eine Erziehung zum Krieg, als Vorbereitung aggressiver Expansion instrumentalisiert wurde.

Der Frage nach einer Legitimation der Wehrerziehung in einem ideologisch gegenteiligen System widmete sich *Ringo Wagner* (Magdeburg) in seinem Beitrag über den Wehrsport in der DDR. Dafür verantwortlich war die 1952 gegründete »Gesellschaft für Sport und Technik« (GST). Diese wies in ihrem Erscheinungsbild und ihren Strukturen frappierende Ähnlichkeiten zur SA auf, die im Dritten Reich für den Wehrsport verantwortlich war. Im Zuge dessen gestaltete sich die Legitimation einer erneuten Institutionalisierung des Wehrsports der skeptischen Bevölkerung gegenüber schwierig. Die Schaffung der GST geht unmittelbar auf Stalin zurück, dessen Ansichten auch in der gesamten Anfangszeit ausschlaggebend waren. Sie galt nicht nur der Ausdehnung der Einfluss- und Interessenssphären der Sowjetunion, sondern war auch Ergebnis einer ideologischen Außenpolitik Stalins, die wesentlich von der Überzeugung, ein Krieg zwischen kapitalistischen Staaten sei unvermeidbar und ein militärisches Erstarken zur Abschreckung daher unbedingt nötig, beeinflusst war. Nach Stalins Tod verlor diese Argumentation für die Legitimation der GST an Bedeutung. An ihre Stelle trat eine Politik der Kriegsvermeidung angesichts des atomaren Potenzials der Großmächte und eine Bezugnahme auf Stalin wurde, trotz der unveränderten Verurteilung des kriegsverursachenden imperialistischen Systems, weitgehend vermieden. Die GST hatte zwar die allgemeine militärische Stärkung des sozialistischen Systems zum Ziel, besaß aber keinen primär aggressiven Charakter. Vielmehr diente sie in Erwartung eines von imperialistischer Seite ausgelösten Krieges der Vorbereitung zur Verteidigung. Dabei war der, den wahren Zweck der Wehrerziehung verschleiernde Name der GST ebenfalls Ausdruck einer versuchten Vermeidung der Provokation und Eskalation, die der von Stalin gewünschten Hinauszögerung des unvermeidbaren Konflikts diente. Nach Wagners Resümee blieben in der DDR die Grundzüge des Wehrsports aus dem NS-System erhalten. Aufgrund dieser Ähnlichkeiten gelang es der GST nicht, wie von der SED-Führung intendiert, in den Augen der Bevölkerung als die der Friedenssicherung dienende Organisation gesehen zu werden. Das Auseinanderklaffen von ideologischem Anspruch und Wirklichkeit war der Grund dafür, dass eine vollständige Legitimation der militärischen Funktion der GST in der Realität nie zustande kam.

Die schulische Wehrerziehung in den beiden deutschen Diktaturen untersuchte *Christian Siemens* (Berlin) anhand von Schulbüchern. Durch eine Kategorisierung des umfangreichen wehrerzieherischen Materials konnte Siemens ermitteln, welche Kriterien in den Schulbüchern der beiden Staaten im Vordergrund standen. Im Nationalsozialismus war dies eindeutig das militärische Vorbild. Dieses orientierte sich stark am ideologisch überhöhten Bild des Frontkämpfertums des Ersten Weltkrieges, wobei der historische Kontext keine große Rolle spielte und stattdessen die allgemeine Kampf- und Opferbereitschaft des Einzelnen betont wurde. Dadurch wurde die Wehrerziehung emotional aufgeladen. Es sollte

eine Art »Lust am Krieg« erzeugt werden, was gerade im Hinblick auf die zukünftig geplante gewaltsame Expansion von Bedeutung war. Das Feindbild wurde hingegen nicht weiter thematisiert und blieb ohne konkrete Eigenschaften. Im Gegensatz dazu zeigt sich in den Schulbüchern der DDR, dass die Darstellung und Vermittlung eines Feindbildes hier viel bedeutsamer für die Wehrerziehung war als die Orientierung an einem militärischen Vorbild. Den historischen Bezugspunkt bildete in diesem Fall der NS-Staat, als dessen vermeintlicher »Nachfolgestaat« die Bundesrepublik charakterisiert wurde. Die Schüler sollten den Imperialismus als Feind begreifen, dessen ständige aggressive Bedrohung der DDR die Grundlage für die Wehrmotivation bildete. Diese äußere Gefahr und die daraus resultierende Verteidigungsnotwendigkeit sollten den rational nachvollziehbaren Grund für die Existenz einer Wehrerziehung darstellen. In Motivation, Schwerpunktsetzung und Umfang der schulischen Wehrerziehung lassen sich klare Unterschiede zwischen Drittem Reich und DDR erkennen. Während in der deutlich umfangreicheren Wehrerziehung des Nationalsozialismus das emotional stilisierte Vorbild des »Frontkämpfers« im Mittelpunkt stand, wurde in der DDR mehr Wert auf die Vermittlung eines Feindbildes gelegt, das die Wehrhaftmachung motivieren sollte.

Einen weiteren Beitrag zur Wehrerziehung in der DDR lieferte *Christian Sachse* (Berlin), der die innenpolitische Funktion der vormilitärischen Ausbildung in den Vordergrund stellte. Nach dem Aufbau des gewaltigen atomaren Potenzials beider Machtblöcke war eine Wehrerziehung von Jugendlichen nach konventionellen Richtlinien zur Erhöhung der Wehrhaftigkeit wenig sinnvoll. Der Grund für ihre dennoch erfolgte Fortführung bestand in der Machtdemonstration des Staates über das Individuum. Bestandteil der institutionalisierten Produktion von militärischem Gehorsam war neben dem klassischen militärischen Drill auch die Indoktrination. Diese beiden Komponenten der Wehrerziehung hatten eindeutige politische Funktionen, die aufgrund des in der DDR nicht klar getrennten zivilen und militärischen Raumes sogar in doppelter Weise Anwendung finden konnten. So sollte die absolute Unterordnungsbereitschaft mithilfe militärischer Anforderungen wie dem Gehorsamsprinzip erreicht werden. Weiterhin war es Ziel, eine neue politische und militärische Elite aufzubauen sowie illoyale Gesinnungen bei Personen zu erkennen und diese als »zukünftige Staatsfeinde« aus der Gesellschaft auszuschließen. Schließlich galt die Wehrerziehung auch der Vermittlung bestimmter Eigenschaften und Überzeugungen wie Hass auf den Feind, besonders aber die Priorisierung kollektiver sozialistischer Interessen. Anfangs noch relativ unsystematisch in Bezug auf Indoktrination und Trägerschaft, wurde in den 1950er Jahren versucht, trotz bzw. gerade wegen der vom Nachkriegspazifismus geprägten Bevölkerung, die Wehrerziehung zu intensivieren, da die Innenpolitik der DDR ohne ein Feindbild ernsthaft zu wanken drohte. Ein weiterer Hinweis auf

die vornehmlich innenpolitische Ausrichtung findet sich nach Einführung des »Gesamtgesellschaftlichen Systems der Sozialistischen Wehrerziehung« 1968. Die Führungsrolle übernahm hierbei nicht das Militär, sondern das Volksbildungsministerium, sodass eine tatsächlich militärische Zielsetzung in den Hintergrund rückte. Laut Sachse hat das System der Wehrerziehung ab diesem Zeitpunkt durch seine gesamtgesellschaftliche Gegenwärtigkeit vorwiegend zur Stabilisierung der innenpolitischen Machtverhältnisse der DDR beigetragen. Die militärische »Gehorsamsproduktion« habe tiefe sozialisatorische Spuren hinterlassen, die heute noch Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands hätten.

Abschließend behandelte *Lena Sachs* (Freiburg i. Br.) die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik und deren Entwicklung bis heute. Diese Zusammenarbeit wird hauptsächlich durch die Jugendoffiziere der Bundeswehr getragen, die vorwiegend in Schulen über die Sicherheitspolitik Deutschlands informieren und eine Brückenfunktion zwischen Gesellschaft und Bundeswehr einnehmen sollen. Die ersten 17 Jugendoffiziere traten 1958 ihren Dienst mit dem Ziel an, die Bevölkerung von der Wiederbewaffnung und dem NATO-Beitritt zu überzeugen und um Nachwuchs zu werben, so die Referentin. Im Zuge der zunehmenden Zahl von Kriegsdienstverweigerern in den 1960er und 1970er Jahren forderten mehrere Seiten sicherheitspolitische Inhalte stärker in den Schulunterricht zu integrieren. Dies führte zu einer Erhöhung der Anzahl an Jugendoffizieren und Diskussionen in der Kultusministerkonferenz (KMK), die allerdings zu keinem einheitlichen Ergebnis führten. Die Länder verabschiedeten daraufhin eigene Wehrkundeerlasse, in denen die Auftritte der Jugendoffiziere im Unterricht geregelt und die Ziele einer Wehrkunde in der Schule formuliert wurden. 1980 wurde die Anzahl der Jugendoffiziere erneut erhöht. Verteidigungsminister Hans Apel forderte von der KMK eine gemeinsame Empfehlung für den Schulunterricht, in der die Notwendigkeit des Dienstes der Bundeswehr für den Frieden aufgezeigt werden sollte. Auch diesmal gelang es nicht, eine einheitliche Empfehlung zu erarbeiten. Seit 2008 gibt es in der Hälfte der Bundesländer auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und der Bundeswehr. Die Anzahl der Jugendoffiziere hat mit 94 den höchsten Stand erreicht. Trotz des Verbots der Nachwuchswerbung und der Indoktrination der Schüler durch den »Beutelsbacher Konsens« aus dem Jahr 1976 sorgt dies immer wieder für Kritik. Nach Ansicht der Referentin wurde der »Einfluss der Verteidigungspolitik auf schulische Bildung« stetig intensiviert – dies sei auch als Reaktion auf die politische Friedensbewegung zu werten. Damit werde der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft und die Legitimation der militärischen Einsätze, insbesondere nach der Transformation von einer Verteidigungs- in eine Interventionsarmee, bezweckt.

Der Workshop gab einen guten Überblick zur Entwicklung der vormilitärischen Ausbildung seit dem 19. Jahrhundert und zu ihrer Wahrnehmung in Militär und Gesellschaft von damals bis heute. Den Vortragenden gelang es, die erheblichen Differenzen hinsichtlich Intention, Umfang und Akteuren in den einzelnen Epochen herauszuarbeiten. Die Veranstaltung bewies darüber hinaus, dass »Wehrerziehung« in ihren Ausprägungen als vormilitärische Ausbildung, als Erziehung, als Wehrpropaganda oder verstanden als Maßnahme zur Förderung der Verteidigungsbereitschaft trotz unterschiedlich starker Präsenz in der Öffentlichkeit grundsätzlich eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielte und noch spielt. Themen wie der internationale Vergleich, die Wehrerziehung von Mädchen sowie konkurrierende Konzepte von Gegnern einer vormilitärischen Ausbildung konnten im begrenzten Rahmen der Veranstaltung nicht ausgeführt werden, bilden aber mögliche Ansätze für die weiterführende Forschung.